

Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 27. September.

Während der Mitternacht erstreckte sich die Dauer der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Es wurden vier Interpellationen eingebracht und zwei frühere Interpellationen durch den Handelsminister Baron Johann Sarkányi beantwortet. Die große Arbeitsleistung, die sich in der Dauer der heutigen Sitzung bekundet, stand jedoch zu der Bedeutung des verarbeiteten Materials kaum in irgendwelchem Verhältnis. Sieht man von den sozialpolitisch bedeutsamen Ausführungen des Handelsministers Barons Johann Sarkányi ab, so bildet die Interpellation des Abgeordneten Géza Polónyi das Hauptstück des Abends. Doch diese Interpellation schlug vielfach in die Dialoge, die sich zwischen den Abgeordneten Ernst Bródy, Franz Springer, Alexander Pető und Géza Polónyi abspielten, endeten keinesfalls mit dem Sieg des Interpellanten, der seine Interpellation nicht so sehr an den Minister, als gegen die hauptstädtische Munizipalversammlung, die ihm nicht mehr hold ist, richtete. Die Geste, mit der er Schönheitsfehler der Hauptstadt beseitigen wollte, erinnert an jenen Knaben, der eine Fliege, die sich auf die Nase der geliebten Gouvernante setzte, durch einen Steinwurf beseitigen will und der Gouvernante das Gesicht zertrümmert. Minister des Innern Johann v. Sándor bemerkte die Absicht und es war wohlthuend zu hören, wie er den Einzelfall von dem Allgemeinen scheidet und als Antwort auf die Interpellation Géza Polónyis eine Ehrenrettung der ungarischen Hauptstadt bot.

Dann folgten zwei Interpellationen, die von dem Landesverteidigungsminister Baron Szalai und dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza in völlig beruhigender und erschöpfender Weise beantwortet wurden. Es war eine Dauer Sitzung. Alle Lampen brannten. Doch das Spiel lohnte die Kerze nicht.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Bedöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags. Schriftführer: Ladislaus Almásy, Mikolauš Kostyál, Alfred Pál.

Auf den Ministerankommt: Graf Tisza, Telekfy, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Sarkányi, Sibeghethy.

Nach Verlesung des geringen Einlaufes folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der gestrigen Debatte.

Abgeordneter Graf Michael Károlyi

verweist darauf, daß Ungarn im Verbands der Zentralmächte eine wichtige Rolle spielt und besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung auch den verbündeten Mächten beizubringen muß, was uns allein schon die Pflicht auferlegen würde, die Art und Weise des Konsums möglichst zweckmäßig zu organisieren. Die Regierung hat sich aber dieser Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Ein Vergleich mit Deutschland, das bei seinem bedeutend höheren Bedarf und bei geringerer Produktion viel besser organisiert ist, beweist dies zur Genüge. Die Regierung hat sich als unfähig erwiesen, die Produktion zu steigern, den Konsum zu regeln und den Mißbräuchen zu steuern. Die Verordnungen und Gesetze der Regierung sind nicht einheitlich, nicht organisch zusammenhängend, sondern im Gegenteil, vielfach einander widersprechend und bieten dadurch zahlreiche Schlupfwinkel dem Lebensmittelwucher. Das Argument, daß man nicht auf eine so lange Dauer des Krieges rechnen konnte, was vielleicht in den ersten Kriegesmonaten am Platze, kann aber heute keine Entschuldigung für die Regierung bilden.

Eine Hauptursache der Teuerung liegt darin, daß die Regierung bei uns mit der Feststellung der Höchstpreise zu spät gekommen ist, in der Regel erst dann, als die Preise auf künstliche Weise schon unverhältnismäßig in die Höhe getrieben waren. Redner lenkt sich mit statistischen Daten die außerordentliche Preissteigerung der wichtigsten Bedarfsartikel während des Krieges und kommt durch einen Vergleich mit den deutschen Verhältnissen zu dem Resultat, daß die Preissteigerung bei uns eine unvergleichlich höhere ist wie in Deutschland.

Redner bedauert, daß das Abgeordnetenhaus über besser gesagt die Herren Abgeordneten so geringes Interesse an den Tag legen, wenn es um so hochwichtige, ja vitale Interessen Ungarns geht, wie sie der Bericht über die Finanzspruchnahme der Ausnahmeverwaltung verkörpert. Sodann legt er seine Ausführungen über die Approvisionierungsverhältnisse und die Teuerung fort und warnt vor den Weiterungen, die diese Teuerung nach sich ziehen werde. Er wolle nicht bangemachen, aber er warne und bereite vor, da dies die Zensur, d. i. die Regierung, der Presse nicht gestattet. Sie ließ die Publizistik von einer Refordschaffung fesseln, die in Wahrheit gar nicht existiert.

Redner kritisiert hierauf die Methode der Regierung, die er als verfehlt bezeichnet und die die Notwendigkeit einer gründlichen Systemänderung bedingt. Er spricht dann über den Zeitpunkt des Friedensschlusses. Wir dürfen nicht unter der PreSSION eines eventuellen Lebensmittelmangels Frieden schließen. Redner will im Zusammenhange hiezu Fragen berühren, die beweisen, daß es der Regierung an der notwendigen Voraussicht fehlt und regt zu diesem Zwecke die Verfügung einer geschlossenen Sitzung an. Er fordert am Schlusse seiner Rede das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht, damit das Regierungssystem, das sich nicht bewährt habe, hinweggefegt werde.

Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini

wünscht ein radikaleres Vorgehen der Regierung in bezug auf die Verordnung über die fleischlosen Tage, im besonderen deren Erstreckung auch auf die Privathäushalte. Die fettlosen Tage hätten längst eingeführt werden sollen, dann würden wir heute in puncto Fettvorräte anders da. Auch sei es geradezu sträflich, daß man in allen Konditoreien und Kaffeehäusern Milch und mit Milch zubereitete süße Speisen erhalte, während die kleinen Kinder der Mittellosen ohne Milch dastehen. Ein erwachsener Mensch habe nach des Redners Ansicht überhaupt keine Milch nötig, daher sollte die Regierung

verfügen, daß kein Erwachsener Milch erhalte, ehe die Kleinen mit Milch versorgt sind. Dasselbe bezieht sich auf das Mehl, das in den Konditoreien vergeudet werde, während die Mittellosen, die Armen zu keinem Mehl gelangen können. Die verschiedenen Zentralen seien durch die Regierung ebenfalls viel zu spät ins Leben gerufen worden, und dies sei nach des Redners Ansicht umso mehr zu beklagen, als dieses Verjümnis nun nicht mehr gutzumachen sei. Ferner bemängelt Redner das bei der Preismaximierung befolgte Vorgehen der Regierung, und betont auch seinerseits, es sei unmöglich, daß ein einziger Mann alle Ressorts verfolge, wenigstens sei es unmöglich, daß er sie dann gut verfolge. Nach eingehender Kritik des Verfahrens bezüglich der Verteilung der Braugerste, des Saatkorns und anderer hochwertigen Bedarfsartikel schließt sich Redner dem gestern eingebrachten Antrage des Abgeordneten Husár (Sárvár) in Angelegenheit der Maximierung der Preise der Industrieartikel an. Redner schneidet sodann die Frage der siebenbürgischen Flüchtlinge an und sagt, es sei Pflicht der Regierung und nicht der Gesellschaft, diese unglücklichen Heimatlosen zu erhalten. Die Millionen, die der „Pester Lloyd“ und „Az Est“ für sie gesammelt haben, seien nach Information des Redners bereits aufgebraucht, ohne daß so eigentlich Abhilfe geschafft worden wäre. Die Mehrzahl der Flüchtlinge sei ohne Kleider und Schuhe, und es sei die höchste Zeit, daß die Regierung ihrer Pflicht nachkomme. Nach dem Kriege werde es keine 48er und keine 67er Parteien geben, und dies muß schon heute jeder im voraus ahnen, der sich klar darüber ist, daß wir in viel größeren Zeiten leben als die 48er und die 67er Zeiten waren. (Beifall links.)

Graf Albert Apponyi

will sich hauptsächlich mit den Fragen des Mutter- und Säuglingschutzes beschäftigen. Er zollt zunächst warme Worte der Anerkennung den bisherigen Rednern, namentlich dem Abgeordneten Gustav Gray, der durch seine tiefgründigen, gründlichen und objektiven Ausführungen manche Fragen geklärt und verständlicher gemacht hat. Redner müsse von neuem betonen: es gehe nicht an, daß die durch den Krieg notwendigerweise hervorgerufenen Entbehrungen nicht alle Gesellschaftsschichten in gleichem Maße treffen. Man dürfe diesem Parlament nachträglich nicht mit Recht den Vorwurf machen, den man ihm bisher gemacht hat, daß es ein Klassenparlament sei. Es gehe nicht an, daß derjenige, der zahlen kann, mit demselben, ja mit größerem Luxus leben soll als vor dem Kriege; daß der größere Teil der sogenannten höheren Zehntausend so weiter lebe, wie wenn nichts geschehen wäre, daß man in den Kaffeehäusern und Konditoreien für gutes Geld Milchlässe erhalten soll, während die Kinder der ärmeren Bevölkerung weder Milch, noch die notwendigen Lebensmittel erhalten können. Diesen unhaltbaren Zuständen muß ein Ende bereitet werden. Er besitzt keine genügenden kommerziellen Fachkenntnisse, um sich eingehend mit diesen Verhältnissen zu beschäftigen, allein es genügt, darauf hinzuweisen, daß in Ungarn, in diesem Lande der Rohprodukte, die Lebensmittelpreise wesentlich höher sind als in Deutschland. Es ist unmöglich, daß wir hier nicht großen Fehlern gegenüberstehen. Er schreibt diese Verhältnisse drei Umständen zu: der Gewinnsucht einzelner, erfreulicherweise nicht allzu vieler, die die Waren zusammenkaufen, aufspeichern und dann mit großem Gewinn verkaufen, der Bequemlichkeit eines großen Teiles der Gesellschaft, ihrem passiven und aktiven Widerstand gegen jede Verfügung, die sie in ihrer gewohnten Bequemlichkeit stört, schließlich der Verzwicktheit der zahlreichen Verordnungen und ihrer teilweise lazen Vollstreckung. In Verbindung mit dieser Frage beschäftigt sich Redner mit der Errichtung eines Zentralorgans. In thesi billigt er diesen Gedanken. Der praktische Wert hängt indessen davon ab, ob es gelingen wird, eine entsprechende Persönlichkeit zu finden, die alle Fäden dieser verwickelten Frage zu übersehen und in die Administration Harmonie hineinzutragen vermag, die über eine absolute Objektivität und Unparteilichkeit verfügt, die gegen jeden gesellschaftlichen und persönlichen Einfluß gefeit ist, die im Besitze des höchsten Maßes von Sachverständnis ist, und die geeignet ist, in der Öffentlichkeit Vertrauen zu erwecken. Wird eine solche Persönlichkeit nicht gefunden, dann wird es nur ein Organ mehr geben, ohne daß die Lage verbessert würde. (Beifallige Zustimmung links.)

Redner beschäftigt sich sodann mit der Milchfrage, bei der die größten Widerwärtigkeiten bestehen. Die Milchwirtschaften werden weiter so geführt, wie wenn gar nichts geschehen wäre. Deshalb wird nicht verfügt, daß die Inhaber der Milchwirtschaften ebenfalls nur so viel Milch behalten, als sie für den eigenen Haushalt bedürfen, das übrige Quantum aber unter die Bevölkerung bringen? In der Hauptstadt besteht wohl ein Erlaß, demzufolge die Milch in erster Reihe den Kindern unter zwei Jahren zur Verfügung stehen soll. Allein die Vollstreckung dieser Verordnung läßt viel zu wünschen übrig. Auch muß eine ähnliche Verordnung auf alle Städte und Gemeinden, namentlich aber auf die Gemeinden in der Umgebung der Hauptstadt erstreckt werden.

Redner wendet sich dann dem eigentlichen Thema seiner Rede, dem Mutter- und Kinderschutz zu. Schon vor dem Kriege waren unsere Populationsverhältnisse wenn auch nicht sehr schlecht, so dennoch von höchst bedenklichen Prognosen zeugend. Die Zahl der Geburten ist bedeutend zurückgegangen. Redner beschäftigt sich mit den verschiedenen Argumenten des Neomalthusianismus und führt den Nachweis, daß diese Argumente zum großen Teil wertlos und unredigiert sind. Diese Frage bildet zunächst ein Problem der moralischen Auffassung, an dem nicht gerüttelt werden darf. Denn hat man einmal hier eine abschüssige Bahn betreten, dann gibt es keinen Halt mehr. Es darf wohl nicht in Abrede gestellt werden, daß diese Frage auch ein wirtschaftliches Problem bildet, damit der Kindersegen wahrlich zum Segen gereiche. (Beifälliger Beifall links und rechts.) Es müssen alle Mittel und alle Werkzeuge werden, um eine allgemeine Verbesserung der Existenzverhältnisse zu erzielen. Redner beschäftigt sich sodann mit der Geburts- und Sterblichkeitsstatistik und stellt mit Bedauern fest, daß in den letzten Jahren dem Geburtenrückgang eine Zunahme der Sterblichkeit entsprochen habe, während in Deutschland der Geburtenrückgang durch eine Abnahme der Sterblichkeit paralytisch wurde. Der Krieg habe bei uns auf diesem Gebiete noch traurigere Ergebnisse gezeigt. Daß der Krieg einen Rückgang der Geburtsziffer im Gefolge hat, ist selbstverständlich, umso bedauerlicher ist es aber, daß hierzulande die Sterblichkeit um 30 Prozent größer ist als vor dem Kriege, obwohl ein großer Teil unserer Männer an der Front ist. Auch die Säuglingssterblichkeit hat nach den Daten des Statistischen Amtes zugenommen, dagegen habe ihn der Direktor des Stefanienkinderkinderverbandes mitgeteilt, daß erfreulicherweise die Zusammenstellung des Statistischen Amtes eine irrtümliche sei, so daß die Sterblichkeit der Säuglinge nicht wesentlich zuge-

nommen habe. Graf Apponyi erörtert dann die Frage des Kindbettfiebers und stellt mit Bedauern fest, daß in der Heimat des unsterblichen Semmelweis noch immer 5000 Mütter jährlich an dieser Krankheit sterben. Alle diese traurigen Uebelstände sind auf die schlechten Verpflegungs- und Wohnungsverhältnisse, die laze Verpflegung der Geburtshilfe zurückzuführen. Mit Bedauern muß auch festgestellt werden, daß die Zahl der erblich Belasteten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkohol) bei uns groß ist.

Es ist erwiesen, daß der größte Teil der erblich belasteten geborenen Kinder nur darum belastet ist, weil er von Eltern stammt, die Alkoholiker sind oder waren. Ist dann das Kind geboren, so tun die mütterlichen Lebensumstände der Eltern, die Wohnungsverhältnisse usw. das Ihrige, um die Säuglings- und Kindersterblichkeit zu erhöhen, besonders und hauptsächlich aber trägt hierzu bei die ganz ungewöhnlich große Un- erfahrenheit auf dem Gebiete der Säuglings- und Kinder- ernährung. Und es gibt keine Menschen, die da Aufklärung brächten, denn es gebietet an der gehörigen Anzahl von Ärzten. Es klingt paradox, verhält sich aber dennoch so, daß die Säuglings- und Kindersterblichkeit in den durchaus un- garischen also reichen und gebildeteren Komitaten prozentuell größer ist, als in den armen und unwissenden ruthenischen und malachischen, denn die ruthenische und rumänische Bauern- mütter wird durch ihre Armut davon abgehalten, ihrem Kinde andere Nahrung zuzuführen als die Muttermilch. Die begüterte ungarische Mutter aber kann nicht früh genug an- fangen, ihr Kind mit allen erdenklichen Lederbissen zu stopfen. Diese Sterblichkeitsursache muß behoben werden, denn dies ist unsere wichtigste soziale Aufgabe. Es muß der aller radikalste Kampf gegen den Alkoholismus eingeleitet werden. Auch die Versorgung der Mutter und die Mutter- schaftversicherung sind unerlässliche Korrelate des Mutter- und Säuglingschutzes, — es wäre denn, wir bezweckten eine völlige Verkümmern der herauskommenden Geschlechter. Es muß ja nicht alle Welt Sajanen speisen und Champagner- wein trinken: zwischen den Schicksalen der einzelnen sozialen Klassen aber darf kein solcher Abgrund klaffen, wie das heute der Fall ist. Das Kind der allerärmsten Mutter muß so gesund zur Welt kommen können, wie das Kind des Königs! (Stürmischer Applaus im ganzen Hause.) Wer zur Mutter wird, hat volles Anrecht auf die weitestgehende Unter- stützung der Gesellschaft, und dies steht selbst mit der strengsten sittlichen Auffassung über — legale oder natürliche — Mutter- schaft in volstem Einklang. Redner führt statistische Daten über die Säuglingssterblichkeit in Deutschland an und über die dort getroffenen Vorkehrungsmassregeln, aus denen erhellt, in welcher großem Maße diese die Säuglingssterblichkeit herab- setzen. Redner urteilt eine entsprechende Regelung der Hebammenfrage, ist ja die weise Frau die erste Ratgeberin der niederkommenden Mutter. Außerordentlich groß sei der Unter- schied prozentuell zwischen den drei, sechs und neun Monate lang gesaugten Brustkindern, so z. B. betrage er zwischen den nur drei und den volle neun Monate lang Gesaugten fast 50 Prozent zugunsten der drei Monate lang an der Brust gelegenen Kinder. Arbeitenden Müttern müsse es ermöglicht werden, auch während der Arbeit zu säugen. Jeder Arzt, der sich um eine Physikus- oder sonstige amtärztliche Stelle bewirbt, solle auch Spezialist für Kinderkrankheiten sein, doch auch Frauen, Lehrer, Pfriester und Kreisärzte sollten in dieser Richtung in Spezialkursen ausgebildet werden. In Deutschland wird die Absolventinnen der beiden letzten Volksschulklassen gelehrt, wie man mit kleinen Kindern und Säuglingen umzugehen habe. Auch bei uns sollte dies einge- führt werden, so, wie der Stefanienbund durch Flugblätter und Vorträge bereits einen gutgemeinten Anfang gemacht hat. Gleich dem Berliner Auguste-Viktoria-Institut müßte auch bei uns eine Zentralanstalt geschaffen werden für niederkommende Mütter, wo aber turnusweise auch Ärzte und Pflegerinnen praktisch ausgebildet würden.

Redner verweist im weiteren Verlaufe seiner Erörte- rungen über den Säuglings- und Mutterchutz auf die im Auslande schon bestehende Institution der freiwilligen Kinder- pflegerinnen. Für die Einbürgerung dieser Institution hat unser Stefanienbund schon vieles geleistet und zahlreiche Kurse veranstaltet. Diese Institution muß auf das ganze Land aus- gedehnt werden. Hier eröffnet sich den Frauen eine neue, dem weiblichen Instinkt entsprechende Tätigkeit. Wenn im ganzen Lande solche Kinderpflegerinnen angestellt werden, die das unwissende Volk über die rationelle Kinderpflege aufklären, dann werden wir schon in kurzer Zeit die große Säuglings- sterblichkeit herabsetzen und in dieser Hinsicht den günstigen Zuständen Norwegens näher kommen. Diese wichtige Frage müssen die Gesellschaft und der Staat einer Lösung zuführen. Der Stefanienbund ist bestrebt, die sozialen Kräfte zur Lösung dieser Aufgabe zu vereinigen, die Kinderkassenvereine des ganzen Landes unter voller Wahrung ihrer Autonomie zu einheitlicher Tätigkeit zu vereinen und dort, wo noch keine Vereine wirken, solche zu gründen. Mit dieser systematischen Arbeit soll das Ungarn der Zukunft gesegnet werden, sollen die Blutverluste des Krieges ersetzt werden. Wie schon Markgraf Georg Pallavicini betont hat: die Zeit stellt eine neue Sozial- politik in den Vordergrund. Damit lassen sich aber auch die Bestrebungen für die Erringung unserer nationalen Selbst- ständigkeit sehr gut vereinen. Wir werden und können den nationalen Gedanken, die nationale Unabhängigkeit nicht aufopfern. Es gilt, für das ungarische Volk die neue Welt- ordnung zu schaffen; diese Weltordnung wird kommen: ent- weder mit uns oder gegen uns. Der Fortbestand der Nation hängt davon ab, daß sie in i t u n s zustande komme. (Beifälliger Beifall auf der Linken und äußersten Linken.)

Abgeordneter Géza Polónyi

lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Frage der galizischen und bukovinischen Flüchtlinge, die sich noch immer in Ungarn aufhalten. Der Minister des Innern hat wegen dieser Flüchtlinge mit den österreichischen Faktoren Ver- handlungen gepflogen. Seither sind zwei Wochen vergangen, aber noch ist kein einziger dieser Flüchtlinge aus Ungarn fort- gebracht worden. Ja, wir beherbergen in Ungarn auch noch tschechische Internierte, die hier mit großen Präventionen auftreten. Der größte Teil dieser Flüchtlinge und Internierten ist in Schulgebäuden untergebracht; die Folge davon ist, daß diese Schulen nicht rechtzeitig eröffnet werden können. Unsere Gastfreundschaft kann nicht so weit gehen, unsere Jugend zu gefährden. Auch ein zweiter Gesichtspunkt spricht für die rasche Lösung dieser Frage. Die Bevölkerung, die heute ge- zwungen ist, diesen österreichischen Flüchtlingen Zuflucht- stätten zu gewähren, will ihr Scherlein zur Unterstützung unserer Söhne Brüder beitragen. Redner erjudet den Mi- nister des Innern, bringend diese Frage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Präsident unterbricht hierauf die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.